

Illegale Firmenbestattungen: Auch Ex-Stadtrat angeklagt

Staatsanwaltschaft: Alexej Danckwardt soll als Scheingeschäftsführer bei Insolvenzverschleppung mitgemischt haben

Von Frank Döring

Laut Anklage wollten sie Insolvenzverfahren umgehen und Gläubiger schädigen: Drei Männer und eine Frau stehen seit Freitag in Leipzig vor Gericht. Es geht um mehr als ein Dutzend mutmaßlich illegale Firmenbestattungen. Als Drahtzieher gilt ein 55-jähriger Geschäftsmann. Seine drei Mitangeklagten hält die Staatsanwaltschaft für Strohmänner. Unter ihnen ist auch der ehemalige Linke-Stadtrat Alexej Danckwardt (44).

Geschäftsunterlagen verschwunden

Ermittler gehen davon aus, dass Roman I. die Bestattung von zahlungsunfähigen oder überschuldeten Firmen organisierte – und zwar in Absprache mit deren Verantwortlichen. Dabei soll er entweder selbst die Geschäftsführung übernommen oder seine mutmaßlichen Komplizen damit betraut haben. Dass von den bisherigen Chefs der betroffenen Gesellschaften bereits Insolvenzanträge hätten gestellt werden müssen, habe er in Kauf genommen,



Ex-Stadtrat Alexej Danckwardt (rechts) zum Prozessauftakt mit seinem Verteidiger Andreas Meschkat.

FOTO: ANDRÉ KEMPNER

heißt es in der Anklageschrift. Ziel der Beschuldigten sei unter anderem die vermögensschädigende Verwertung von Anlagevermögen der jeweiligen Gesellschaft gewesen, so die Staatsanwaltschaft. Zudem habe man dafür gesorgt, dass Geschäftsunterlagen nicht mehr zu finden waren. Der als Drahtzieher verdächtige Mann bekam nach Angaben der Behörde für seine Dienst-

leistungen jeweils bis zu 4500 Euro. Danckwardt, der in Leipzig selbst als Anwalt für Straf- und Insolvenzrecht tätig ist, sowie die Mitangeklagten Maria K. (41) und Marcel L. (41) seien hingegen von Roman I. für die Scheinübernahme von Geschäftsführerposten entlohnt worden. Geschäftsunterlagen seien bei der Abwicklung der Deals gar nicht oder nur unvollständig übergeben

worden, stellten die Ermittlungsbehörden fest.

Dem Ex-Stadtrat legt die Anklagebehörde einen Fall zur Last. Demnach soll er im Mai 2016 von Roman I. zum Geschäftsführer einer GmbH berufen worden sein. Es war wenige Monate nachdem der Deutschrusse aufgrund seiner unstrittenen Äußerungen zu Bundeskanzlerin Merkel aus der Linken-Fraktion ausgetreten war. Die von ihm mutmaßlich zum Schein geführte Firma soll zu diesem Zeitpunkt fällige Verbindlichkeiten in Höhe von mehr als 170 000 Euro gehabt haben, die sie nicht mehr habe begleichen können.

Erklärung für nächsten Prozesstag angekündigt

Danckwardt habe eine neue Geschäftsanschrift in Leipzig angemeldet, so die Staatsanwaltschaft, tatsächlich aber die Gesellschaft nicht geführt und auch keine Vollmacht für das Geschäftskonto besessen.

Die alten Chefs der Pleitefirma hätten währenddessen von Nordrhein-Westfalen aus die Geschäfte

weiter betrieben und sogar neue Verbindlichkeiten angehäuft, so die Anklage.

Danckwardt kündigte eine Erklärung für den nächsten Verhandlungstermin am 12. März an. Ein Geständnis im Sinne der Anklage komme für seinen Mandanten aber nicht in Betracht, so Verteidiger Andreas Meschkat, weil kein vorsätzliches Handeln erkennbar sei. Er wolle zudem beantragen, das Verfahren gegen Danckwardt abzutrennen, sagte der Rechtsanwalt. Es handle sich um lediglich einen Tatvorwurf. Dies rechtfertige nicht, dass sein Mandant hinsichtlich der weiteren Anklagepunkte, die ihn nicht betreffen, an der langwierigen Beweisaufnahme teilnehmen muss, so Meschkat.

In dem Verfahren geht es um insgesamt 15 ähnlich gelagerte Fälle im Zeitraum von Juli 2013 bis Dezember 2016, wobei dem Hauptangeklagten Roman I. mehrfache Insolvenzverschleppung und vorsätzlicher Bankrott vorgeworfen wird. Die Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts hat für den Prozess noch elf weitere Termine bis August geplant.

LVZ

7.3.2020